

KernD-Positionen zu Perspektiven der Kerntechnik

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) nutzte den 10. Jahrestag des Reaktorunfalls von Fukushima Daiichi, um ein Positionspapier „12 Punkte für die Vollendung des Atomausstiegs – die Position des Bundesumweltministeriums“ mit seiner ressortspezifischen Sichtweise zu Atomausstieg und Kernenergie zu veröffentlichen.

Anders als die in 2001 geänderte Zweckbestimmung des Atomgesetzes sowie sukzessive Gesetzesnovellen es vorsehen, betrachtet das BMU den Atomausstieg nicht mehr durch die Beendigung der Stromerzeugung mit Kernenergie als vollendet, sondern erhebt einen sehr viel weiter reichenden Gestaltungsanspruch. Im Folgenden finden sich Positionen des Verbandes der kerntechnischen Branche in Deutschland – Kerntechnik Deutschland (KernD) – zu den Perspektiven der Kerntechnik anhand der folgenden drei Themenbereiche:

Kerntechnische Kompetenz für Deutschland erhalten und technische Entwicklung begleiten

Für KernD steht – anders als für das BMU, dessen Positionspapier die Kompetenz als letzten Punkt behandelt – die Erhaltung und sachgemäße Weiterentwicklung der kerntechnischen Kompetenz im Mittelpunkt der Perspektiven der Kerntechnik in Deutschland. KernD begrüßt das „Konzept zur Kompetenz und Nachwuchsentwicklung für die nukleare Sicherheit“ der Bundesregierung vom 26.08.2020.

Zugleich soll aber daran erinnert werden, dass in diesem Konzept die Bedeutung der bestehenden kerntechnischen Wirtschaft für die Kompetenzerhaltung insbesondere in der (Sicherheits-)Praxis ausdrücklich anerkannt wird. Dies verträgt sich nicht mit der Zielsetzung des BMU, bestimmte Unternehmen dieser Industrie in einer willkürlichen Definitionserweiterung des Atomausstieges einzuschließen.

Zugleich wird seitens BMU einer Förderung der Kernenergie mit öffentlichen Mitteln in Europa, aber auch in Deutschland eine Absage erteilt. Außer Acht bleibt dabei, dass gerade die Industrieunternehmen der Kerntechnik aus eigenem Antrieb und mit eigenen, erwirtschafteten Mitteln Kompetenzerhaltung und Kompetenzentwicklung sicherstellen, um den Anschluss an die technologische Entwicklung zu halten. Soll die Tätigkeit dieser Unternehmen beendet oder eingeschränkt werden, müsste eine auch vom BMU gewünschte Kompetenzerhaltung dann ausschließlich aus öffentlichen Mitteln getragen und diese entsprechend deutlich erhöht werden. Das gilt besonders, da mit dem Betrieb der Kernkraftwerke entsprechende Kompetenz wegfällt sowie internationale Sicherheitszusammenarbeit etwa in der Betreiberorganisation WANO.

Unternehmen des Kernbrennstoffkreislaufes in Deutschland

Die größte Priorität im Positionspapier des BMU erhält die Forderung, die *Urananreicherung* in Gronau und die *Brennelementfertigung* in Lingen zu beenden. Dabei wird eine rechtssichere Verwirklichung

dieses Ziels behauptet. Dem stehen aber bereits die verfassungsrechtlich und europarechtlich verbrieften Rechte der Betreiber entgegen. Im Fall der *Urananreicherung* stehen einer Betriebsbeendigung zudem auch völkerrechtliche Verbindlichkeiten aus dem trinationalen Vertrag zur Unternehmensgründung entgegen. Außerdem bedeutete dies einen einschneidenden Kompetenzverlust in einem Bereich, der für die wirksame Beteiligung der Bundesrepublik an der internationalen Nicht-Verbreitungspolitik entscheidend ist.

Die *Brennelementfertigung* wiederum wird nach Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland als einzige praktische Verbindung zum Kraftwerksbetrieb und zur Entwicklung im Bereich Brennelemente verbleiben. Sie bildet damit künftig den Kernbereich nuklearer Kompetenz in Deutschland.

Kernenergie in Europa – konstruktive Debatten statt dogmatischer Opposition

Mit dem Positionspapier bekennt sich das BMU ausdrücklich zu einer Anti-Atomallianz innerhalb Europas im Schulterschluss mit anderen „atomkritischen“ Staaten. Dies geschieht auf der Grundlage einer falschen Lageeinschätzung und einer einseitig verzerrten Wahrnehmung der Kernenergie. Anders als dort offensichtlich angenommen, steht die Kernenergie in Europa und auch innerhalb der EU nicht vor ihrem nahen Ende, nur weil z.B. Deutschland oder Österreich eine Ausstiegspolitik verfolgen. In Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Finnland, sowie in zahlreichen zentral- und osteuropäischen Staaten, wird die Kernenergie als langfristiger Pfeiler der Energiepolitik betrachtet oder soll gerade im Zusammenhang mit der Reduzierung der CO₂-Emissionen sogar ausgebaut werden. In Polen wird ein Einstieg in die Technologie vorbereitet, in den Niederlanden hat vor kurzem eine politische Debatte über die Ausweitung der Kernenergie begonnen. Darüber hinaus versteht die Europäische Kommission im Rahmen ihrer Wasserstoffstrategie Kernenergie als Quelle für CO₂-armen Wasserstoff.

Die Bundesrepublik Deutschland wäre besser beraten, hier auf der Grundlage von eigenem Know-how und wettbewerbsfähigen industriellen Akteuren einen konstruktiven Austausch im Sinne eines hohen kerntechnischen *Sicherheitsniveaus* zu suchen, als in dogmatische und fruchtlose Opposition zur Energie- und Wirtschaftspolitik zahlreicher Partnerländer zu treten oder europäische Politiken zur Bekämpfung der Kernenergie zu instrumentalisieren.

**Kerntechnik Deutschland e.V.
(KernD)**

Robert-Koch-Platz 4
10115 Berlin

T +49 30 498555-10

F +49 30 498555-19

info@KernD.de

www.KernD.de